

Mut zur Veränderung

Arne Börnsen

Mut zur Veränderung

Die Postreform –
Bruch eines Tabus



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0640-6

[Auch als eBook erhältlich ISBN 978-3-8012-7045-2]

Copyright © 2022 by
Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Umschlag: Jens Vogelsang, Aachen
Umschlagbild: shutterstock.com, © fewerton
Satz: Rohtext, Bonn
Druck und Verarbeitung: CPI books, Leck

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2022

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de

Inhalt

Vorwort	9
Vorbemerkung des Autors	15
TEIL I	
Der Lernprozess 1987–1990	17
Das (wirtschaftliche) Umfeld der Postreformen	19
Technische Veränderungen	19
Gesellschaftliche Veränderungen	20
Ökonomische Veränderungen	20
Privatisierung – ein Tabu in der SPD	23
Regierungskommission Fernmeldewesen	25
Im Wartestand bei Daimler-Benz	29
Sprecher für das Post- und Fernmeldewesen – ahnungslos	31
Kaffee mit Peter Glotz	33
SPD-Bundesparteitag 1988 in Münster	36
Darf Politik gegen einen Parteitagsbeschluss gemacht werden?	41
Postreform I – Versuch der Annäherung	43
Exkurs: Infrastrukturauftrag – eine schwierige Aufgabe!	47
TEIL II	
Die enorme Bedeutung der DBP Post und Telekom für den Aufbau Ost	51
Die DDR steht vor dem wirtschaftlichen Ruin	53
... was die Postunternehmen in den neuen Bundesländern erwartete	57
Improvisieren, motivieren, investieren: Der Faktor Mensch entscheidet!	60
Exkurs: Interesse an den deutschen Erfahrungen in Korea	61

Teil III	
Der Weg zur Postreform 1990–1994	67
Abendessen bei Gerd Tenzer	69
Erste Gespräche	73
Besuch beim Frankfurter Post-Boss	77
Bulletten-Treffen im Reichstag	79
Gespräch mit dem Parteivorsitzenden	81
Die zu Protokoll gegebene Bundestagsrede	81
Minister Schwarz-Schilling: eine Sensation	85
Die Welle rollt an	89
Aus der Welle wird ein Tsunami!	96
Angst um den Arbeitsplatz	106
Letzter Hahnenkampf und dann Versöhnung?	110
Verhandlungsgruppe SPD-Fraktion und Postgewerkschaft	111
Es kracht	112
Letzter Rettungsanker: Selbstständige Anstalt öffentlichen Rechts	116
Verhandlungen mit dem Postminister	119
Post AG?	122
Scheitern im Dezember	124
Kaltstellung	129
Die Taktiker Bötsch und Bernrath bringen die Postreform zu Ende	130
Resümee	133
Konsequenz: Die Marktliberalisierung	136
Volkswirtschaftliche Auswirkungen der Post-Privatisierung	138
Marktentwicklung Telekommunikation	139
Sprachtelefondienste	139
Preisentwicklung	140
Umsatzerlöse	141
Mobilfunk	143
Beschäftigung	143
Postdienste	146

Volkswirtschaftliche Betrachtung	146
Beschäftigung	148
Autor, Begleiter, Kontrahenten und Freunde	151
Arne Börnsen (Autor *1944)	151
Dr. Franz Arnold (*1941)	151
Hans-Gottfried Bernrath (1937–2010)	151
Wolfgang Bötsch (1938–2017)	152
Emil Bock (1932–2020)	152
Hans-Martin Bury (*1966)	152
Gerhard Enoch (*1943)	152
Dr. Peter Glotz (1939–2005)	152
Kurt van Haaren (1938–2005)	153
Hans-Ulrich Klose (*1937)	153
Peter Paterna (1937–2018)	153
Wolfgang Roth (*1941)	153
Prof. Dr. Christian Schwarz-Schilling (*1930)	154
Dr. Peter Struck (1943–2012)	154
Gerd Tenzer (*1943)	154
Hans Jochen Vogel (1926–2020)	155
Abbildungsverzeichnis	156
Literatur- und Quellenverzeichnis	157



Abb. 1:
Helmut Schmidt: »Versprich mir, dass Du die Post privatisiert!«, Bonn, 1979.
© J. H. Darchinger.

Vorwort

Die Reform der Bundespost war eines der bedeutendsten Projekte der Regierungszeit Helmut Kohls. Es war aber auch eines der umstrittensten Projekte, das den härtesten Widerstand seitens der SPD-Fraktion hervorrief.

Alle früheren Versuche, eine solche Reform in Gang zu bringen, waren fehlgeschlagen -- insbesondere, weil sie auf den eisernen Widerstand der Postgewerkschaft stieß. Da die SPD in vielfältiger Weise mit der Postgewerkschaft verbandelt war und die Gewerkschaft politisch in diesem Bereich das Sagen hatte, war jede Aktion in Richtung Postreform zum Scheitern verurteilt.

Die Postgewerkschaft war ein absoluter Sonderfall: Sie war als Spezialgewerkschaft autonom, zuständig für ein einziges Unternehmen, die Deutsche Bundespost. Die Postgewerkschaft befand sich in dem Glauben, dass sie nach ihrem Gutdünken den umfassenden Interessen aller Mitglieder entsprach. Auch mein damaliger Vorgänger, Postminister Kurt Gscheidle, musste diese schlechte Erfahrung machen.

Es gab immer nur wenige SPD-Abgeordnete, die von diesem Kurs der absoluten Reformunwilligkeit abwichen. Sie blieben aber ohne politischen Einfluss.

Auch Arne Börnsen, der sein zweites SPD-Bundestagsmandat 1987 errungen hatte, siedelte sich bei den Jusos und dem linken Spektrum der Sozialdemokratie an. Sonst fiel er weiter nicht besonders auf. Er bekam zu Beginn seiner zweiten Bundestagszeit einige führende Positionen auf dem weiten Gebiet der Bundespost. Ich als damaliger Bundesminister lernte ihn ohne größere

Auffälligkeiten in seiner neuen Funktion als Sprecher der SPD-Fraktion für Post und Telekommunikation kennen. Der ideologische Kampf gegen mich war nichts Neues und gehörte zur Routine der SPD, der sich auch Arne Börnsen ordentlich befleißigte. Gegenüber der Masse meiner Kritiker stach er nicht besonders hervor.

Es dauerte eine ganze Weile bis mir ein Zwist über die künftige Politik bei der SPD zwischen ihm und dem Vorsitzenden des damaligen Ausschusses für das Post- und Fernmeldewesen, Peter Paterna, ins Auge fiel. Ihn kannte ich bereits aus der gemeinsamen Arbeit in der Enquetekommission »Neue Informations- und Kommunikationstechniken«, in der wir mit den modernen Technologien, die notwendigen politischen Schlussfolgerungen für Deutschland zu ergründen suchten.

An sich war es eine erstaunliche Situation, dass es in der SPD gewichtige Stimmen gab, die sich von dem reinen gewerkschaftshörigen Kurs abgesetzt hatten. Da war der Geschäftsführer der SPD, Peter Glotz, wie auch einige SPD-Bundesratsmitglieder, wie zum Beispiel Klaus von Dohnanyi aus Hamburg. Sie hatten eingesehen, dass sich die SPD mit dieser extremen Gewerkschaftsposition nicht länger identifizieren konnte. Und bald wurde auch Arne Börnsen als ein eigenwilliger, nachdenklicher Sozi bekannt. Er war inzwischen ein guter Fachmann geworden und man spürte eine auffällige Distanz zu dem reinen Ideologen Peter Paterna.

Ich freute mich natürlich, dass in der großen Oppositionspartei SPD aufgeschlossener und realistischer Stimmen zu entdecken waren. Aber der Ausschussvorsitzende, Peter Paterna, sorgte immer wieder dafür, dass die SPD mit der Postgewerkschaft eine geschlossene Front einnahm.

Es fiel auf, dass Arne Börnsen in seiner Rolle als Mitglied des Infrastrukturrates beim Bundesminister für Post- und Fernmeldewesen, von seinen früheren gewerkschaftsidentischen Äuße-

rungen abließ und im Hinblick auf die Bundespost interessante Blicke in die Zukunft richtete und mutigere Schritte wagte. Das war für mich als Minister für Post- und Fernmeldewesen eine erfreuliche Entwicklung. Dadurch spielte er für mich fortan auch eine wichtigere Rolle.

Eines Tages eröffnete er mir die Möglichkeit, dass die SPD unter Umständen bereit wäre, das Reformprojekt der Regierung nicht abzulehnen, sondern sich neutral zu verhalten und sich der Stimme zu enthalten.

Nach den Erfahrungen des hitzigen ideologischen Schlagabtausches zwischen der Regierungspartei und der SPD, wäre das in meinen Augen ein großer Erfolg gewesen. Aber ich hatte damals die feindliche Haltung der Mehrheit der SPD-Fraktion unterschätzt und musste nach einer gewissen Zeit von meinem Gesprächspartner Arne Börnsen erfahren, dass dieser Vorschlag der Enthaltung beim Fraktionsvorstand der SPD fehlgeschlagen war. Das bedauerte ich natürlich sehr. Weil ich jetzt nicht mehr wusste, wie ich die weitere Haltung von Arne Börnsen nach dieser Entscheidung der SPD einzuschätzen hatte, denn ein solides Vertrauensverhältnis hatten wir bis dahin noch nicht gewonnen.

Die Verabschiedung der Postreform I war natürlich nach der langen Kampfzeit zwischen der Regierung Kohl und der SPD ein erster großer Erfolg für Bundeskanzler Kohl und mich. Doch es wurde sehr schnell deutlich, dass die Unvollständigkeit des Reformwerkes schnell offensichtlich wurde – siehe fehlende Grundgesetzänderung – und dass weitere Aktionen folgen mussten. Die feindselige Haltung der Postgewerkschaft wurde durch das überwältigende Gegenvotum der SPD noch einmal ganz deutlich. Eine mögliche Grundgesetzänderung, wofür die Regierung ja die Stimmen der SPD brauchte, stand in weiter Ferne und die Beziehungen zwischen Regierung und Opposition hatten sich gewaltig abgekühlt.

Ich machte mich deshalb daran, weitere Schritte zur Stabilisierung der drei Postunternehmen ernsthaft zu überlegen. Mir war es klar, dass dieser Weg sehr schwierig werden würde, aber unserem Team im Ministerium fiel noch eine ganze Menge realistischer Maßnahmen ein, die man auch ohne Grundgesetzänderung einleiten könnte. Die Postgewerkschaft scheute sich auch nicht, üble Diffamierungen, vor allem gegen mich als den verantwortlichen Bundesminister, in die Welt zu setzen. Wo immer ich erschien, gab es Demonstrationen und Blockaden, bei meinem Versuch Fernmeldeämter zu betreten.

Doch dann geschah etwas ganz Ungewöhnliches. Am 6. Juni 1991 gab es eine ausführliche Debatte im Deutschen Bundestag im Zusammenhang mit dem Haushaltsplan der Deutschen Bundespost. Da es schon sehr spät am Abend war, verzichtete Arne Börnsen auf seinen Debattenbeitrag und gab seine Rede zu Protokoll. Erst später, als die Reden alle gedruckt waren, bekam ich seinen Beitrag zu lesen und fiel aus allen Wolken. Arne Börnsen erläuterte in seinem Beitrag, dass die zu gründenden Post- und Telekommunikationsunternehmungen von dem Monopolparagrafen des Grundgesetzes befreit werden müssten, um im künftigen internationalen Wettbewerb überhaupt bestehen zu können. Darüber hatte ich natürlich früher sehr oft nachgedacht, hielt aber die Möglichkeit, die SPD zu einer Grundgesetzänderung nach all den letzten Geschehnissen zu bewegen, für ausgeschlossen.

Als ich diesen Beitrag gelesen hatte, meldete ich mich bei Arne Börnsen sofort und bat um ein möglichst baldiges Gespräch. Arne Börnsen bestätigte mir, dass er tatsächlich fest zu dieser Meinung gekommen war. Und diese Meinung stimmte mit meiner wirklichen Meinung überein, über die ich bis dato nicht öffentlich reden konnte. Die Rede von Arne Börnsen war in dieser Beziehung ein echter Durchbruch und eröffnete einen wichtigen Paradigmenwechsel zwischen Regierung und Opposition.

Der gehörige Krach zwischen der SPD-Fraktion und Arne Börnsen blieb allerdings nicht aus und er verlor wichtige Funktionen in der SPD. Aber seine mutige Haltung führte zu echten Verhandlungen zwischen den Parteien SPD, CDU/CSU und FPD im Juni 1992. Die Verhandlungen im Laufe des Jahres 1992 führten zu einem sogenannten Eckpunktepapier für die Postreform II, welches unter anderem die Grundgesetzänderung beinhaltete.

Doch dann passierte wieder etwas Unglaubliches: Herr Paterna, der Gesprächspartner der SPD in der Verhandlungskommission, erklärte plötzlich, dass er sich von dem Eckpunktepapier löse und die SPD-Fraktion dieses Papier nicht mittragen würde. Die Gesichter der Verhandlungskommission waren total entsetzt, da somit die gesamte Arbeit des Jahres 1992 offensichtlich vergeblich war. Und damit entfiel auch die Grundgesetzänderung! Wieder hatte sich die Postgewerkschaft mit ihrer radikalen Reformgegnerschaft bei Herrn Paterna durchgesetzt gegen die letzten Zusicherungen des SPD-Sprechers.

Für mich waren für diese Wende folgende Gesichtspunkte maßgeblich. Aufgrund meines starken Engagements gegen den Krieg in Bosnien-Herzegowina war bereits die Auseinandersetzung darüber in der Kabinettsitzung vom 8. Dezember 1992 genau zu dieser Zeit bekannt geworden. Die SPD nutzte diese Situation, um die Verhandlungen für die Grundgesetzänderungen und der Postreform II hinauszuzögern und dann zu beenden. Das war natürlich eine gänzlich unbeabsichtigte Folge meines Ausscheidens aus dem Kabinett. Aber dadurch entstand eine Zwischenphase von circa zwei Jahren, bis mein Nachfolger, Wolfgang Bötsch, wieder inhaltlich an das Eckpunktepapier anknüpfen konnte, um dann die Postreform II, inklusive der Grundgesetzänderung mit den Stimmen der SPD, im Sinne der früheren Verhandlungskommission zu verabschieden.

Dieses war möglich geworden, weil Wolfgang Bötsch zu den Grundsätzen der Postreform absolut loyal blieb und sein ganzes Leben einen engen Kontakt mit mir pflegte.

Das vorliegende Buch von Arne Börnsen gibt zum ersten Mal einen umfassenden Einblick in die schweren Nöte der SPD mit der von der Regierung Helmut Kohl eingeleiteten Postreform. Obwohl es bisher so bekannt war, dass die Postgewerkschaft das politische Feld der SPD in der Frage der Postreform voll beherrschte, wird im Buch von Arne Börnsen klar, dass gerade führende Sozialdemokraten sich von dieser unbeweglichen Betonhaltung der Postgewerkschaft lösten. Den Kampf um die Notwendigkeit einer echten Postreform führte Arne Börnsen jedoch ziemlich einsam mit einigen wenigen Sozialdemokraten. Besonders eindrucksvoll ist zu lesen, wie er von Peter Glotz im Mai 1987 inspiriert worden ist.

Er schreibt in seinem Buch: »Der Funke, den Peter Glotz in mir an diesem Tag entzündet hatte, glomm und loderte in mir. In den folgenden Monaten und Jahren entwickelte sich daraus eine glühende Leidenschaft für die umfassendste Reform des Post- und Fernmeldewesens in Nachkriegsdeutschland.«

Wenngleich die Strafe für diese Leidenschaft auf dem Fuße folgte, so war in der Tat dieser Funke bei Arne Börnsen nicht mehr auszulöschen. Dass sich daraus auch zwischen uns eine beständige Freundschaft entwickelte, gehört zu den erfreulichen Begebenheiten unseres Lebens.

Christian Schwarz-Schilling

Vorbemerkung des Autors

Die Diskussion um die Postreformen Ende der 1980er-Jahre und in den 1990er-Jahren war eine erbitterte politisch-parlamentarische Auseinandersetzung. Besonders die Deutsche Postgewerkschaft nutzte Kampfbegriffe wie »Infrastrukturauftrag«, »Daseinsvorsorge« und »Ausverkauf« wie Totschlagargumente und lenkte so von den eigentlich brennenden Kernfragen ab: Welche Interessen hatten die Verbraucher? Was war erforderlich, um – aus ihrer Sicht – zu Verbesserungen der Postdienstleistungen zu gelangen – also zu niedrigeren Preisen, zu besseren Leistungen oder gar zu beidem? Und was mussten wir tun, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland zu sichern?

Umfeld, Allianzen und Interessenlagen der seinerzeit handelnden Personen und Verbände waren alles andere als transparent. Worum ging es? Um Besitzstände und Pfründe? Um nationale Interessen? Oder ging es um volkswirtschaftliche Weichenstellungen, die weit über die Post oder gar das Fernmeldewesen hinausgingen?

Diese Schrift möchte einen tieferen – sehr persönlich geprägten – Einblick in das damalige Geschehen geben, möglichst ohne zu sehr durch die nationale Brille eines Fachpolitikers zu schauen. Es sollen die Interessen der Verbraucher berücksichtigt werden. Und es soll versucht werden, die Aus- und Wechselwirkungen der internationalen Umwälzungen in der Logistik und in den Kommunikationstechnologien einzubeziehen.

Und vielleicht wird deutlich, wie schwer es manchmal ist, diese übergeordneten Interessen in den politischen Auseinandersetzungen zu berücksichtigen.